ECONSTOR
Make Your Publications Visible.

A Service of
ZBW
Leibniz-Informationszentrum Wirtschaft
Leibniz Information Centre for Economics

Weber, Enzo

Article

Asylpolitik: Perspektiven in Deutschland für syrische Geflüchtete schaffen

Wirtschaftsdienst

Suggested Citation: Weber, Enzo (2025) : Asylpolitik: Perspektiven in Deutschland für syrische Geflüchtete schaffen, Wirtschaftsdienst, ISSN 1613-978X, Sciendo, Warsaw, Vol. 105, Iss. 1, pp. 5-, https://doi.org/10.2478/wd-2025-0003

This Version is available at:
https://hdl.handle.net/10419/314803

Standard-Nutzungsbedingungen:

Die Dokumente auf EconStor dürfen zu eigenen wissenschaftlichen Zwecken und zum Privatgebrauch gespeichert und kopiert werden.

Sie dürfen die Dokumente nicht für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, öffentlich zugänglich machen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Sofern die Verfasser die Dokumente unter Open-Content-Lizenzen (insbesondere CC-Lizenzen) zur Verfügung gestellt haben sollten, gelten abweichend von diesen Nutzungsbedingungen die in der dort genannten Lizenz gewährten Nutzungsrechte.

Terms of use:

Documents in EconStor may be saved and copied for your personal and scholarly purposes.

You are not to copy documents for public or commercial purposes, to exhibit the documents publicly, to make them publicly available on the internet, or to distribute or otherwise use the documents in public.

If the documents have been made available under an Open Content Licence (especially Creative Commons Licences), you may exercise further usage rights as specified in the indicated licence.

https://creativecommons.org/licenses/by/4.0/

WWW.ECONSTOR.EU

Mitglied der Leibniz-Gemeinschaft

DOI: 10.2478/wd-2025-0003

sciendo

Wirtschaftsdienst, 2025, 105(1), 5

JEL: J15, J21, O15

Asylpolitik

Perspektiven in Deutschland für syrische Geflüchtete schaffen

Dem Umsturz in Syrien folgte auf dem Fuße eine polarisierte Debatte in Deutschland: Muss die neue Lage sofort genutzt werden, um möglichst viele Geflüchtete loszuwerden? Oder bricht ohne sie der deutsche Arbeitsmarkt zusammen?

Ein Blick auf die Fakten: Die Beschäftigung von Syrer:innen in Deutschland ist über die Zeit deutlich gestiegen. In sozialversicherungspflichtigen Jobs waren es nach Statistik der Bundesagentur für Arbeit – ohne Eingebürgerte – zuletzt knapp 240.000, in Minijobs 50.000. Die häufigsten Berufe liegen in der Logistik, Produktion, Gesundheit sowie im Handel und Gastgewerbe. Syrer:innen machen 0,6 % der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten aus. Die Berufe liegen überproportional in Engpassbereichen, wie Logistik und Gesundheit, mit Anteilen über 1 %. Ein gewisser Aderlass im Arbeitsmarkt durch Fortzug nach Syrien würde also drohen. Gesamtwirtschaftlich wären die Effekte aber begrenzt. Ein Beispiel: Derzeit sind rund 6.000 syrische Ärzt:innen in Deutschland beschäftigt. Verluste wären hier spürbar, gerade in Regionen mit ohnehin geringer Ärztedichte. Andererseits ist die Zahl der beschäftigten Ärzte in Deutschland seit geraumer Zeit um mehr als 10.000 pro Jahr gestiegen.

Für Festlegungen ist es angesichts der aktuellen Situation in Syrien ohnehin zu früh. Aber eines ist bereits klar: Es ginge nicht um einen kompletten Wegfall der Beschäftigung von Syrer:innen. Aus Erfahrung bleiben viele Menschen auch dann, wenn das Herkunftsland stabil werden sollte. Das betrifft gerade langjährig gut Integrierte. Derzeit lässt sich das besonders deutlich an den stark steigenden Einbürgerungen von Syrer:innen ablesen, 2023 waren es 75.000, seit 2015 bereits 165.000.

Die sozialversicherungspflichtigen Jobs liegen zu je 44 % auf Fachkraft- und Helferniveau, die übrigen darüber. Die Mehrheit arbeitet also in qualifizierten Tätigkeiten. Dennoch liegt ein Schwachpunkt darin, dass viele Zugewanderte in Deutschland ihr Potenzial nicht hinreichend nutzen können. Wichtig ist deshalb, unbürokratisch und zügig Kompetenzen anzuerkennen sowie gezielt berufsbegleitend Qualifizierung zu initiieren und Spracherwerb zu fördern.

Die Zahl der syrischen Arbeitslosen lag zuletzt bei 155.000, die Quote bei 37 %. Im Vergleich zur Gesamtbevölkerung ist das immens. Zu beachten ist aber, dass Eingebürgerte – die typischerweise gut integriert sind – als Deutsche zählen. Und essenziell ist ein Blick auf die Kohorten: Bei den Mitte der 2010er Jahre Geflüchteten liegen Erwerbstätigenquoten mittlerweile über zwei Drittel, in Europa ein Spitzenwert. Viele Geflüchtete sind allerdings erst in den vergangenen Jahren eingetroffen und befinden sich daher in einer früheren Phase des Integrationsprozesses. Deshalb sollten wir weiter investieren: Qualifizierung, Sprachförderung, Anerkennung von Abschlüssen, zügige Verfahren, Kinderbetreuung. Und weiter an der Integration der Frauen arbeiten, denn deren Erwerbsquoten zeigen Nachholbedarf.

Wenn Syrien sicher werden sollte, muss auch über das Auslaufen von Asylgründen entschieden werden. Wichtig ist aber, langwierige Unsicherheit zu vermeiden und für die Asylverwaltung die Belastung angesichts hunderttausender Fälle zu reduzieren. Wenn Menschen in Deutschland bleiben möchten und die Voraussetzungen erfüllen, sollten sie dabei unterstützt werden: rechtlich klare Bleibeperspektiven, einfache Verfahren im Inland, gute Beratung. Für den Übergang wäre ein Aufenthaltsrecht bei Erwerbstätigkeit mit Kriterien wie bei der Westbalkanregelung bzw. der Aufenthaltsgewährung bei nachhaltiger Integration denkbar. Wenn Menschen zurückkehren möchten, um Syrien mit Erfahrungen und Wissen aus Deutschland aufzubauen, sollten auch sie dabei unterstützt werden. Derartige Lebensentscheidungen unter Ungewissheit werden leichter, wenn Türen offenbleiben. Bei freiwilliger Ausreise könnte neben finanzieller und praktischer Hilfe eine Wiedereinreiseoption nach Deutschland im ersten Jahr eine Möglichkeit sein. Für einen Verbleib wären dann die üblichen Voraussetzungen zu erfüllen.

Kehren Menschen aus Deutschland zurück, können sie Wissen, Erfahrung, Werte, Sprache weitergeben und mit deutschen Institutionen vor Ort Netzwerke aufbauen. Das weist in der Migrationspolitik über den Fall Syrien hinaus. Eine solche Partnerschaft mit anderen Ländern ließe sich auch als Teil von Migrationsabkommen entwickeln. Deutsche Aufenthaltstitel erlöschen allerdings, wenn man sechs Monate außer Landes ist oder aus nicht vorübergehenden Gründen ausreist. Mit flexibleren Regeln – Kanada und Frankreich etwa sehen drei Jahre vor – könnten Kontakte besser gehalten werden.

Prof. Dr. Enzo Weber
Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung, Universität Regensburg

© Der/die Autor:in 2025. Open Access: Dieser Artikel wird unter der Creative Commons Namensnennung 4.0 International Lizenz veröffentlicht (creativecommons.org/licenses/by/4.0/deed.de).

Open Access wird durch die ZBW – Leibniz-Informationszentrum Wirtschaft gefördert.